



Editorial

Liebe Leser*innen,

in der Coronakrise sind in Deutschland elementare Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verletzt worden. Das ist das Fazit einer Studie, die der Professor für Kinderpolitik der Hochschule Magdeburg-Stendal., Michael Klundt, für die Fraktion der Linkspartei im Bundestag erstellt hat.

Die Studie „Krisengerechte Kinder statt kindergerechtem Krisenmanagement?“ fasst zusammen, dass praktisch alle Entscheidungen und Maßnahmen der Politik seit dem Lockdown im März 2020 „völkerrechtsverstoßend und bundesgesetzwidrig ohne vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls vorgenommen worden“ seien.

Kinder hatten besonders unter Einschränkungen wie Kontaktsperrungen, Spiel- und Sportplatzverboten zu leiden und wurden und werden umfassenden Bildungsexklusionen ausgesetzt. Die Situation der Familien habe auch in der Lockerungsdebatte im Hintergrund gestanden. Studienleiter Klundt bezeichnet zudem die Corona-Maßnahmen als „Kinderarmuts-Katalysator“. „Die bislang erhältlichen, spärlichen empirischen Studien zur Kinderarmut während der Coronakrise zeigen, dass sich diese soziale Polarisierung nicht etwa reduziert hat, sondern vielmehr noch deutlicher als vorher hervorscheint“.

In Vielfalt - Das Bildungsmagazin berichten wir über die Erfahrungen mit Familienarmut in den letzten drei Monaten. Wer arm war, wurde noch ärmer, wer im Bildungssystem ohnehin schon benachteiligt war, wurde ausgeschlossen, wer vom kostenlosen Kita- und Schulesen zehrte –

Aus dem Inhalt:

[Jedes Kind ist systemrelevant – Armut trifft Krise –
Bericht und Bilanz von Ariane Dettloff und Mercedes Pascual Iglesias »](#)

Seite 3

[Effekte der Corona-Krise
Interview mit Gerda Holz »](#)

Seite 9

bekam nichts. Wir schließen uns der Aussage des Studienleiters Michael Klundt an, dass „Kinderarmut als eine politisch (mit) zu verantwortende Kindeswohlgefährdung und Kinderrechtsverletzung zu bezeichnen ist.“

Für die Arbeit mit Kinder und ihren Familien sowohl in der Kita als auch in der Schule oder in der Beratung wird es hilfreich sein, die konkreten Lebensumstände näher kennenzulernen. Wir danken unseren Interviewpartnerinnen, uns diese Einblicke gegeben zu haben und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Mercedes Pascual Iglesias

Die Studie finden Sie hier: www.linksfraktion.de



Jedes Kind ist systemrelevant

Wie armutsbetroffene Kinder in der Krise abgehängt werden

Ein Bericht von Ariane Dettloff und Mercedes Pascual Iglesias

„Jedes Kind ist systemrelevant“ behaupten von den coronabedingten Einschränkungen genervte Eltern Anfang Mai nach x Wochen Lockdown. Auf Demonstrationen der Initiative „Eltern in der Krise“ in Köln, Düsseldorf und Bonn verlangten sie das Ende der geschlossenen Türen in Schulen und Kitas und eine schnelle Öffnung für alle. „Ihr lasst uns hängen“ lautet ihr verzweifelter Vorwurf.

Manch einem mag der Gedanke kommen, dass die Eltern mit ihrer Klage übertreiben. Es wurde doch einiges getan für Familien. Eine Lohnfortzahlung und Home-Office wurden erfunden. Bis zu 20 Wochen wird Eltern ein Einkommen garantiert, wenn sie nicht zum Job gehen können, weil ihre Arbeit im Moment die Betreuung ihrer kleinen Kinder daheim ist. Der Zugang zum Kindergeldzuschlag wurde erleichtert. Die Fernsehprogramme haben ihr Angebot ausgeweitet und besonders viele familiengeeignete Film gesendet oder in die Mediatheken gestellt. Nicht zu vergessen all die Privatleute, die Spiel und Spaß aufgenommen und ihre Videos zur Anregung im Internet veröffentlicht haben.

Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich besonders Eltern und Kinder in den letzten Wochen vielen und tiefgreifenden Einschränkungen ausgesetzt sahen. Denn „systemrelevant“, das sind in der Pandemie tatsächlich nur wenige Kinder. Kinder von bestimmten Eltern in bestimmten Arbeitsfeldern. Alle anderen Familien sind auf sich zurückgeworfen.

Besonders schwer haben es in der Corona-Krise von Armut betroffene Familien. Fast zwei Millionen Kinder leben in Deutschland in einem sogenannten Hartz IV-Haushalt oder beziehen als Asylbewerber*innen noch deutlich geringere Leistungen, das sind die ärmsten der Armen. Hinzurechnen muss man Familien mit so niedrigem Einkommen, dass sie mit ALG II aufstocken,

Wohngeld oder Kindergeldzuschlag beanspruchen können. Auch sie gehören zu denjenigen, in deren Haushaltsbudget kaum Spielraum vorhanden ist. Wie gestaltet sich die Krise für diese Familien?

Zahlungen vom Amt kamen pünktlich, soviel kann positiv gesagt werden. Wer schon eine Bearbeitungsnummer hatte, musste keine Ausfälle befürchten. Aber zahlreiche Familien sind zusätzlich coronabedingt in ein Leben unterhalb der Armutsgrenze abgerutscht. Familien mit zwei Kindern, die weniger als 1.900 Euro im Monat zur Verfügung haben, gelten offiziell als arm.

Raluca Dutucu, Mitarbeiterin der gemeinnützigen GmbH Parisozial im Kölner Bürgerzentrum Finkenberg, hat einige von ihr betreute rumänische und ungarische Familien nach den Auswirkungen der Krise für sie befragt. Oft wurden Arbeitsverträge gekündigt oder nicht verlängert, hat sie erfahren, so dass Aufstockungen ihres Arbeitslosengeldes durch das Jobcenter und das Wohnungsamt erforderlich wurden. Da das Virus jedoch auch dort zu Ausfällen und Überlastung geführt hat, liegen ihre Anträge vorerst „auf Eis“. Einige kinderreiche Familien haben jetzt ernste Probleme, die notwendigen Dinge für alle zu bezahlen. Viele haben sich verschulden müssen.

Mit Beginn der Coronabeschränkungen ist ein Teil der Infrastruktur jäh zusammengebrochen, die einkommensschwache Familien für die Deckung ihres Lebensbedarfs nutzen: Die billigen Wochen- und Flohmärkte sind abgesagt, Sozialkaufhäuser und Kleiderkammern hatten geschlossen und haben es nicht leicht, ihre Läden mit zumeist älteren Ehrenamtlichen regelmäßig offen zu halten. Immer noch sind in den Supermärkten die günstigen Lebensmittel, auf die ärmere Familien angewiesen sind, besonders schnell ausverkauft. Viele von ihnen versorgen sich auch über die „Tafeln“ mit Lebensmitteln, weil der amtliche ALG II-Satz von etwa 3 Euro pro Tag für das Essen eines Kindes nicht reicht. Doch von 900 Tafeln in Deutschland stellte die Hälfte aufgrund der Corona-Krise ihre Arbeit vorübergehend ein.

Viele Kinder von ein bis zehn Jahren haben bis zur Schließung der Kitas und der Grundschulen dort mindestens ein warmes Mittagessen – manche sogar ein Frühstück und Nachmittagsnacks – kostenlos erhalten. Das garantiert ihnen das Bildungs- und Teilhabegesetz, die sogenannten BuT-Leistungen. Seit Mitte März ist das nicht mehr möglich. Doch statt den Eltern sofort mehr Geld für das Essen ihrer Kinder zu geben, wird ganze zwei Monate später im Sozialpaket 2 vom 14. Mai (bei Redaktionsschluss noch nicht in Kraft) eine kaum zu praktizierende Ausgabe von „warmen Mittagessen“ versprochen. „Es wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler sowie Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchen oder für die Kindertagespflege geleistet wird, auch bei pandemiebedingten Schließungen dieser Einrichtungen mit Mittagessen im Rahmen des Bildungspakets versorgt werden können. Dies gilt entsprechend auch für Leistungsberechtigte in Werkstätten für behinderte Menschen und bei vergleichbaren Angeboten.“ Wie dieses Essen unter den Bedingungen der Kontaktbeschränkungen zu den Kindern kommen soll, ist unklar.

| Auf Almosen angewiesen

Sandra Jansen leitet das Kinder- und Jugendzentrum „D-Hof“ im Aachener Stadtteil Driescher Hof. Hier beträgt die Kinderarmutsquote 43 Prozent. „Schamgefühl kann sich hier kaum noch jemand leisten, täglich kommen mehr Menschen und holen sich Lebensmittel bei uns ab, fragen nach Kinderkleidung oder Putzmitteln“, berichtete die Sozialpädagogin dem heute-Journal des ZDF. Die Mitarbeitenden verteilen hier täglich Kochtüten im Wert von 7,50 Euro. Sie enthalten wechselnde Rezepte und die passenden Zutaten. Mit 35 solcher Tüten startete das Projekt Anfang Mai. Weil die zu schnell vergriffen waren, werden jetzt 80 Kochtüten pro Tag ausgegeben. Finanziert werden sie durch private Spenden. Statt staatliche Hilfe zu bekommen, sind die Familien auf Almosen angewiesen.

Pandemiebedingte Ausgaben, mit denen noch zu Beginn des Jahres niemand gerechnet hätte wie Atemschutzmasken für jedes Familienmitglied, Desinfektionsmittel und auch erhöhte Energie- und Wasserverbrauchskosten, wenn alle den ganzen Tag zu Hause sind, machen sich besonders bei schmalen Geldbeuteln bemerkbar. Womöglich muss ein Computer, eine Webcam oder ein Drucker gekauft werden, damit die Kinder am digitalen Schulunterricht teilnehmen können. Diese Ausgaben waren nicht absehbar und sind auch in keiner Bedarfsermittlungsberechnung für das ALG II berücksichtigt.

| Anpassungen

Das Leben ist teurer geworden seit dem Lockdown. Um die schlimmsten Armutsfolgen abzumildern, hat das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) eine Corona-Elternzeit und ein Corona-Elterngeld vorgeschlagen. Ein Antrag des Berliner Senats sowie der Bundesländer Bremen und Thüringen, in Armut lebenden Familien einen monatlichen „Corona-Zuschlag“ von 100 Euro zu gewähren, wurde vom Bundesrat abgelehnt. Ab September soll nun laut Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ein „Kinderbonus“ von 300 Euro in zwei Teilen pro Kind im Rahmen des Kindergelds ausgezahlt werden, um so die Konjunktur anzukurbeln. Er soll nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Allerdings: Wer (schon lange) arm ist, hat keine Rücklagen und keine Vorräte. Damit sind wörtlich der schmale Geldbeutel und die leere Speisekammer gemeint. Genauso aber auch fehlende psychische Reserven und aufgebrauchte emotionale Ressourcen. Unerwartete Aufwendungen bedeuten dann oft die blanke Not.

| Psychischer Stress

Da viele der besonders betroffenen Gruppen – Arbeitslose, Alleinerziehende, Mehrkindfamilien, Geflüchtete, Menschen mit Migrationsgeschichte – in beengten Wohnungen leben, stellte die

Schließung und Teilöffnung für nur wenige Stunden der Kitas und Schulen eine enorme Herausforderung dar. Nahezu alle Kinder über drei Jahren wurden in Deutschland vor dem Ausbruch des Corona-Virus in einer Kita betreut. Auch bei den noch Jüngeren besuchte schon mehr als jedes dritte Kind eine Kindertagesstätte.

Eva Maria Bieniek, Mitarbeiterin der Städtischen Familienberatungsstelle Köln Kalk, sorgt sich sehr um Kinder, die in äußerst schwierigen Familien leben, und die sie jetzt nicht treffen kann: „Wir haben auch Familien in der Beratung, bei denen uns klar war: Wenn die jetzt rund um die Uhr mit den Kindern in der beengten Wohnung bleiben müssen, besteht die Gefahr, dass es zu häuslicher Gewalt kommt. Denen haben wir empfohlen nachzufragen, ob sie ihre Kinder nicht in die Betreuung schicken können, obwohl sie nicht zu den sogenannten Systemrelevanten gehörten. Das hat glücklicherweise geklappt.“ Seit dem 14. Mai ist für Vorschulkinder mit einer Anspruchsberechtigung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket und für Kinder mit genehmigter Eingliederungshilfe die Betreuung in Kitas in Nordrhein-Westfalen wieder geöffnet. Und in einem weiteren Öffnungsschritt wurden am 28. Mai alle weiteren Vorschulkinder in die Kindertageseinrichtungen wieder aufgenommen.

| Gender-Gleichstellung zurückgeworfen

Negative Effekte der Schließung frühkindlicher Bildungseinrichtungen zeigen sich auch für die Gleichstellung der Geschlechter. Es sind vor allem die Mütter, die durch vermehrte Haus- und Erziehungsarbeit belastet sind.

Eva Maria Bieniek zitiert die Klage einer gestressten Mutter: „Es war sowieso schon immer schwierig, wenn mein Mann zu Hause war. Aber seit er in Kurzarbeit ist und ich die Kinder rund um die Uhr hier zu Hause habe, ist vermehrt Ärger angesagt, weil er so viel schimpft.“ Aufgrund von coronabedingter Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit oder wenn beide Elternteile im Home-Office arbeiten, erfährt die Beraterin, treten Streitigkeiten verstärkt auf, gerade, wenn die Familien beengt wohnen.

| Selbstwirksamkeit gestärkt

Allerdings konnte Bieniek auch Gegenteiliges beobachten: „Ich erlebe auch, dass Familien, die sonst sehr schwierig sind, sich in der jetzigen Situation bewundernswert stark zusammenreißen; Paare, die sich sonst oft streiten, ob um Geld oder die Kindererziehung, schaffen es jetzt, besser zusammenzuarbeiten.“ Bieniek, als Psychologin geschult darin, zu vermitteln, gelingt es vielfach, streitende Elternpaare zu beschwichtigen, Verständnis für die Probleme des jeweils anderen Elternteils zu wecken. Das ist allerdings jetzt nur noch telefonisch machbar und somit deutlich schwieriger: „Unsere Hilfe beruht vor allem auf dem Gespräch – das ist ja leider derzeit persönlich nicht möglich. So habe ich keine Möglichkeit, visuelle Signale wahrzunehmen, wie jemand auf meine Anfragen reagiert. Und speziell bei Eltern, die wenig Deutsch sprechen, sind

Telefonate noch mal eine besondere Herausforderung.“ Es gibt aber auch Mütter, die von guten Ideen berichten. Wer sich gut mit Pflanzen auskennt, kann mit den Kindern in den Wald gehen und Bärlauch sammeln. Das anschließend gemeinsam hergestellte Bärlauch-Pesto lässt die Kinder stolz sagen: „Das haben wir gekocht!“

| Motivation versiegt

Neben der praktischen Herausforderung, mit eingeschränkten Mitteln die Tage herumzukriegen, muss weiterhin für die Schule gearbeitet werden. „Lernen aus der Distanz“ bedeutet für die Kinder und Jugendlichen die widersprüchliche Situation, zu Hause zu sein, aber keineswegs Ferien zu haben.

Nuran Kancok koordiniert im Kölner Stadtteil Ostheim bürgerschaftliches Engagement im Rahmen der Integrationsagentur der Arbeiterwohlfahrt. Die Pädagogin ermittelt Bedarfe und Selbsthilfepotenziale von Migrant*innen im Stadtteil und koordiniert Gruppen im Interkulturellen Zentrum der AWO. „Vielfalt“ sprach mit ihr über ihre – telefonischen – Begegnungen mit armutsbetroffenen Familien während des Corona-Lockdowns. Gerade im Bildungsbereich, berichtet sie, gerieten die ärmeren Familien – viele von ihnen mit Fluchterfahrungen und/oder Migrationsgeschichte – durch die coronabedingten Einschränkungen ins Hintertreffen. Bei den digital oder schriftlich übermittelten Hausaufgaben hätten die Kinder nicht die Möglichkeit, ihre Lehrer*innen zu fragen; sie seien zu Hause vor allem auf sich allein gestellt. Was unter dem Stichwort „digitales Lernen“ gefasst werde, sei manchmal nichts anderes als das Verschicken von Aufgabenblättern. Kinder würden nicht mehr individuell unterrichtet und das sprachliche Niveau neuzugewanderter Kinder nicht berücksichtigt. Daher, hat Kancok von vielen Betroffenen gehört, habe auch ihre Lernmotivation deutlich nachgelassen.

Viele hier im Stadtteil lebende Eltern könnten ihre Kinder bei den Hausaufgaben nicht unterstützen, weil der Unterrichtsstoff für sie zu schwierig sei und/oder ihre sprachlichen Kompetenzen im Deutschen nicht ausreichen. Ältere Geschwisterkinder müssten dann den jüngeren helfen. So unterstützt die 16-jährige Realschülerin Gülay* die zwölfjährigen Zwillinge Burcu* und Halil* bei den Aufgaben, die sie digital zugesandt bekommen. Aber es sei schwierig, sie zu motivieren. Lieber spielten sie Computerspiele oder schauten Action- und Animationsfilme. Sein Fußballverein ist dicht, ihr Gitarrenunterricht fällt flach, Unternehmungen mit Freund*innen sind nicht mehr möglich. So entsteht oft Langeweile und in der Folge Streit.

| Chancengleichheit gefährdet

Frau Demir*, weiß Nuran Kancok, kann ihren beiden Kindern zwar bei den Hausaufgaben helfen, doch als berufstätiger Alleinerziehender fehlt ihr dazu oft die nötige Zeit. Tochter Merve*, 9, ging vor Corona in die dritte Klasse einer Grundschule. Schmerzlich vermisste sie ihren Kurs im Sportverein. Die Nachhilfestunden für ihren 12-jährigen Bruder Cengiz* fallen jetzt aus. Es wird ihm

wohl nach der Krise so gehen wie vielen Kindern, deren Eltern nicht die Zeit, die pädagogischen Fähigkeiten oder das nötige Schulwissen haben, um ihre Kinder selbst zu unterrichten. Ihnen droht die Gefahr, gegenüber ihren Klassenkamerad*innen zurückzufallen. Pädagog*innen fordern daher eine spezielle Förderung nach der Wiedereröffnung der Schulen. Doch in den Schulen fehlt Personal.

| Kontakte abgebrochen

Viele Kinder hätten in der Vergangenheit die Hausaufgabenhilfe in der Übermittagsbetreuung in der Schule dringend benötigt. Jetzt sind sie mit den schulischen Anforderungen vollkommen auf sich allein gestellt. Ihnen fehle auch die Tagesstruktur, berichtet Raluca Dutucu, so dass sie unruhig, unkonzentriert und gereizt agierten. Ihre Prepaid-Karten-Guthaben, mit denen sie ihre Freund*innen und Mitarbeitende des Jugendzentrums kontaktieren können, reichen nur für zehn Tage im Monat – danach herrscht Funkstille, denn mehr als zehn Euro im Monat pro Kind können viele Familien dafür nicht aufbringen. Das nervt insbesondere die Jugendlichen. Sofern sie Internetzugang haben, kann Raluca Dutucu sie über WhatsApp kontaktieren. Doch die Eltern versuchen oft vergebens, die Beratungsstelle telefonisch zu erreichen; allzu häufig sind die Leitungen besetzt: „Bitte versuchen Sie es später noch einmal!“ Und später hören sie dieselbe Ansage erneut.

** Die Klarnamen sind der Redaktion bekannt*



Foto: Gerda Holz

Effekte der Corona-Krise

Gerda Holz ist Sozialarbeiterin und Politikwissenschaftlerin am ISS, dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt. Sie ist Mitautorin einer Langzeitstudie zu Familienarmut. „Vielfalt“ sprach mit ihr über Konsequenzen der Corona-Pandemie für Familien, Kitas und Schulen und notwendige Veränderungen, um Kinderarmut zu begegnen.

Welche Probleme stehen für Sie im Vordergrund, wenn es um die Situation von Armut betroffener Familien und besonders ihrer Kinder in Corona-Zeiten geht?

Dass die Eltern immense Probleme haben, die Versorgung ihrer Kinder selbst mit Nahrungsmitteln über den Monat zu sichern! Wenn etwa ein fünfjähriges Kind 88 Euro für Essen und Getränke einen ganzen Monat zur Verfügung hat und auf der anderen Seite kostenfreie Mittagessen und Getränke in der Kita wegfallen, was ja zuvor über „Bildung und Teilhabe“ gewährt wurde, dann reicht das schlechterdings nicht.

Was haben Sie da konkret erfahren?

Wir beim ISS haben zum Beispiel die Rückmeldung einer Einrichtung bekommen, deren Mitarbeiterin klagte: „Jetzt sind auch noch die Tafeln geschlossen, weil sie nichts mehr anbieten können. Wir sind schon ganz stolz, dass wir jeden Tag für 30 Kinder Tüten packen können, die wir ihnen vor die Tür stellen, damit sie dort abgeholt werden können.“ Es gibt viel Engagement in den Einrichtungen, das auf die Hilfe des Einzelnen ausgerichtet ist. Als Absicherung für Kinder und Jugendliche und ihre Familien in einer solchen Krisensituation ist das aber vollkommen ungenügend.

Manche Eltern sind ja auch weiterhin berufstätig und haben keine Zeit, sich während der Schließung um die Kinder zu kümmern...

Es gibt die Berufstätigen, von denen wiederum viele jetzt in Kurzarbeit stehen. Es gibt aber andererseits auch diejenigen, die in der Fachdiskussion als die arbeitenden Armen bezeichnet werden, die in mehreren Jobs gleichzeitig erwerbstätig sind. Daraus entsteht ein Zeitproblem, um den Unterricht für die Kinder zuhause übernehmen zu können. Wann ist denn eine Kontaktaufnahme mit Kita und Schule möglich, wenn beide Eltern weiter arbeiten? Es hat etwas mit Wahrnehmung und dem Umgang mit familiären Belastungen zu tun. Es geht nicht darum, dass etwa die Eltern für eine Schule und eine Kita kompatibel werden müssen, sondern die Kita und Schule und auch Ämter müssen kompatibel werden für die Eltern.

Welche Möglichkeiten gäbe es denn?

Überall dort, wo Kinder- und Jugendhilfe eingebunden ist, Schulsozialarbeit beispielsweise oder die Nachmittagsbetreuung oder in den Kitas ein Teil der Kinder- und Jugendhilfe, funktioniert der Ansatz, dass man gemeinsam überlegt: Was ist das Beste in der Situation für die Kinder und wie können wir das gestalten?

Wo aber diese Vernetzung und diese Erfahrungen zwischen Schule und Jugendhilfe nicht vorhanden sind, wird es jetzt extrem schwer. Je stärker eine Vernetzung vor Ort oder auch auf Landesebene gefördert wurde, so dass vernetztes Arbeiten zwischen Schule, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe existent war, desto mehr konnte man vor Ort auf vertrauten Strukturen aufbauen und damit viel schneller Wege finden.

Was ist aus Ihrer Sicht nach der Wiedereröffnung von Kitas besonders wichtig?

Es wird nach der Öffnung wichtig sein, den Kindern überhaupt wieder Orientierung zu geben. Wie greifen wir ihre Krisenerfahrungen auf? Und wie können wir das einbinden als eine Lebens- und Lernerfahrung, die als positiv bewältigt von den Kindern quasi in ihr Selbstkonzept aufgenommen werden kann?

Bisher wissen wir noch gar nichts über die Resilienz, darüber, wie das Bewältigungsverhalten der Kinder und Jugendlichen, gerade auch derjenigen aus armutsbetroffenen Familien gewesen ist. Dann können wir uns fragen, wie es gestärkt werden kann. Solche Fragen sollten meiner Ansicht

nach neben kognitiver Bildung, neben kognitiver Entwicklung jetzt einen ganz großen Stellenwert bekommen. Und da sind natürlich die Pädagoginnen der frühkindlichen Bildung gefordert, aber auch prädestiniert dafür, diesen Bereich noch einmal anzugehen: die Erfahrungen, nicht mehr in die Kita gehen zu können, mit den vertrauten Personen nicht mehr umgehen zu können, sich jetzt wieder einzufinden. Das zweite Thema wird sein: Wie ist es euch in eurer Familie ergangen?

Haben Sie darüber schon Erkenntnisse?

Insgesamt ist klar, dass der Stress der Familien sich natürlich auf die Kinder und Jugendlichen auswirkt. Wo kommt das Geld her? Was wird mit dem Job? Was ist mit unserer Zukunft? Das sind Fragen, die die Elternteile beschäftigen. Und gleichzeitig müssen sie in der Familie mit den Kindern umgehen. Das ist eine Riesens Herausforderung für Eltern, die - für mich verständlich - manchmal überfordert sind. Denn die Frustrations- und Belastungsfähigkeit ist begrenzt. Zum anderen wissen wir darüber noch nichts, weil wir noch nie in dieser Situation waren. Wie wirkt sich die Krise auf die Kinder und Eltern aus? Wie können wir das Erlebte in unserer pädagogischen Arbeit aufnehmen?

In den Kitas werden pädagogische Fachkräfte auf arbeitende Frauen und Männer stoßen, deren Einkommen durch Kurzarbeit reduziert worden ist oder die ihre Arbeitsstellen oder Minijobs verloren haben. In den letzten 15 Jahren hat sich neben den erwerbslosen Armen eine zweite Säule, die der arbeitenden Armen, der „Working Poor“ herausgebildet. Der Effekt der Corona-Krise trifft insbesondere auch diese Gruppe, zu der viele Frauen in den klassischen Berufen gehören wie Pflegerin und Verkäuferin. Die Frage ist, ob in Zukunft systematisch darauf geachtet wird, diese in den Blick zu nehmen und Konzepte zu entwickeln, die „armutsfeste Einkommen“ oder eine Grundsicherung vorsehen. Mit Kurzarbeitergeld allein ist das Armutsproblem nicht zu bewältigen.

Haben Sie konkrete Forderungen an die Politik?

In der Tat: Wie gehen wir mit dem fehlenden Einkommen von Menschen um, die nichts mehr in der Rückhand haben und auch nie hatten? Welche Hilfsprogramme gibt es dort ganz konkret? Der Kinderschutzbund hat ja davon gesprochen, über 90 Euro im Monat für die Familien als Zuschuss bereitzustellen. Es geht um konkrete Hilfe, die jetzt ins Portemonnaie der betroffenen Menschen fließt und genutzt werden kann. Und darüber hinaus: Wie wird das, was jetzt Einrichtungen, Schulen, Fachkräfte, Verwaltungen erleben, aufbereitet im Sinne von: Was muss verändert werden?

Ein weiterer Punkt ist, grundlegende politische Entscheidungen einvernehmlich hinzubekommen, um sozialen Aspekten in Deutschland und Europa den richtigen Stellenwert zu geben und sie nicht immer wieder als Anhängsel von Wirtschaft anzugehen. Familie ist ein eigener Bereich, der eine eigene Absicherung braucht. Eine soziale Infrastruktur für eine moderne Gesellschaft ist nicht almosenabhängig zu machen.



Impressum

Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Integrationsagentur
Dienststelle Amsterdamer Str. 232
50735 Köln

Verantwortlich (i. S. d. P.):

Michael Mommer, Vorstand Verbands- und Fachpolitik
Referat Beteiligungen, AWO Bezirksverband
Mittelrhein e. V.

Redaktion:

Telefon: 0221 – 84 64 27 03
E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Ariane Dettloff
Mercedes Pascual Iglesias

Gestaltung: Emin Bolbolian, EbianDesign

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen

